Auer Tageblatt

Anzeiger für das Erzgebirge

Geschäftsstellen nehmen die Anzeigen und für Auswärtige die Postanstalten entgegen. — Erscheint werktäglich. Fernsprech-Anschluß Nr. 53.

Anzeigenpreis: Die 8gespaltene Petitzeile für Anzeigen aus Aue und Umgegend 20 Pfennige, auswärtige Anzeigen 25 Pfennige, Reklamezeile 60 Pfennige, auswärtige Reklamen 1 Reichsmark, amtliche Zeile 40 Pfennige.

Telegramme: Tageblatt Auerzgebirge

Enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Aue.

Postscheck-Konto: Amt Leipzig Nr. 1000

Nr. 13 — Sonnabend, den 16. Januar 1932 — 27. Jahrgang

Mussolini an Amerika

Der einzige Weg: Streichung der Soll- und Haben-Posten

Mailand, 14. Januar. „Popolo d'Italia" veröffentlicht unter der Ueberschrift „Ansprache an Amerika", einen Artikel, der, wie verlautet, von Mussolini selbst stammt und in dem es u. a. heißt: Es gibt nur einen einzigen Staat, der niemandem etwas schuldet und den Gläubiger aller ist: das sind die Vereinigten Staaten von Amerika. Daß man früher oder später zu einer Streichung der deutschen Reparationen gelangen müsse, war bereits allgemeine Ueberzeugung. Die deutsche Regierung hat jetzt der ganzen Welt durch ihre Botschafter offiziell zur Kenntnis gebracht, daß Deutschland weder heute noch morgen noch jemals zahlen könne. Das ist die vollendete Tatsache. Als solche ist sie unwiderruflich. England brachte durch seinen Premierminister zur Kenntnis, daß es sich der Annahme radikaler Lösungen nicht widersetze. Frankreich findet in der noch nicht präzisierten Haltung der Vereinigten Staaten einen Grund für seine Unnachgiebigkeit. Der Schlüssel zur Lösung des Problems befindet sich also in den Händen der Vereinigten Staaten. Was tun? Es gibt jetzt nur noch ein Mittel, um aus dieser Lage herauszukommen, indem nämlich die europäischen Staaten auf ihre gegenseitigen Stellungen als Schuldner und Gläubiger verzichten. Ist dieser erste Schritt getan, so müßten die europäischen Staaten eine Einheitsfront der Schuldner gegenüber Amerika bilden. Nach Verzicht auf ihre Kredite könnten sie mit ruhigem Gewissen die Streichung ihrer Schulden seitens der Vereinigten Staaten fordern. Gegenüber solcher Willensbekundung ganz Europas, das durch gegenseitigen Schuldenerlaß bewiese, daß es den Unterschied zwischen Siegern und Besiegten überwunden hätte, würden die Vereinigten Staaten sicherlich nicht den Mut haben, hartnäckig zu bleiben. Die Amerikaner würden es ablehnen, in der Geschichte der Menschheit als die einzigen dauernden Nutznießer des Krieges zu erscheinen. Außer den moralischen Beweggründen gibt es solche materieller Art, welche die Amerikaner veranlassen müßten, selbst die Blutrechnung zu schließen. Wenn schon das einjährige Hoover-Moratorium die Welt ermutigen konnte, wie kann man dann an einer Erholung zweifeln, wenn der Weg ein für allemal von dem vielleicht größten Hindernis befreit ist, das heute die Völker lähmt. Es liegt im Interesse der Vereinigten Staaten selbst, die Geste einer Verzichtleistung zu machen. Der erste Schritt aber muß in Europa getan werden. Die große Glocke der Realität läutet Sturm zwischen den beiden Ufern des Atlantischen Ozeans.

Genug bezahlt!

Eine Abrechnung mit Italien

Rom, 14. Januar. Die bekannte politische Publizist Davanzatti rechnet heute nach, was Frankreich bereits durch die Reparationen erhalten hat. Zunächst seien ihm alle Ausgaben der englischen und amerikanischen Truppen in Frankreich zugute gekommen. Es seien wohl französische Provinzen zerstört worden, aber dafür habe Frankreich Elsaß-Lothringen unberührt mit der industriellen Einrichtung erhalten, die 1870 noch nicht vorhanden war. Unberührt habe es auch die deutschen Kolonien übernommen. Ferner komme hinzu die Bezahlung seiner Besatzungstruppen, d. h. also eines großen Teiles seiner Heeresausgaben, endlich die Sachlieferungen und Geldüberweisungen aus den Abkommen von Spa, dem Dawes- und dem Young-Plan. Dieser Posten könnte also nunmehr endgültig abgeschlossen werden. Was die kleineren Gläubiger betrifft, so hätten sie allen Grund, um still zu sein, und sie sollten vor allen Dingen mit ihren kriegerischen Rüstungsausgaben aufhören.

Der „Lavoro fascista" hält es für ausgeschlossen, daß Frankreich etwa militärische Maßnahmen zur Erzwingung deutscher Zahlungen ergreifen werde. Eine abermalige Besetzung deutschen Gebietes würde den Krieg bedeuten, denn ein derartiger Handstreich Frankreichs müßte zu einer Reaktion auch der andern Mächte führen und Europa so in ein alle treffendes Chaos stürzen.

Die Ausbootung Briands

Die französische Kabinettskrise

Paris, 14. Januar. Die Ministerkrise ist rasch zu Ende gegangen. Sie hat Frankreich dasselbe Kabinett gebracht, das es hatte, nur mit dem ganz gewaltigen Unterschied, daß der Mann ausgeschieden ist, der bis jetzt als der bedeutendste französische Außenminister der dritten Republik bezeichnet werden kann: Aristide Briand. Mit der Nachfolge Tardieus für Maginot wird ein starker Mann durch einen anderen starken Mann ersetzt, was für den Verlauf der Abrüstungskonferenz nicht ganz bedeutungslos ist, während an Stelle Briands der auf dem Gebiete der auswärtigen Politik immerhin als Neuling anzusehende Ministerpräsident Laval tritt.

Man zerbricht sich in Paris den Kopf, warum dieses Ministerium überhaupt demissioniert und nicht einfach den verstorbenen Maginot und den angeblich aus Gesundheitsrücksichten ausscheidenden Briand ersetzt hat, nachdem der Versuch, das Kabinett nach links durch den Eintritt der Radikalen zu erweitern, gescheitert war. Daß die Radikalen nicht eingetreten sind, konnte niemanden wunder nehmen, ausgenommen vielleicht Laval selbst, falls er wirklich die Hoffnung gehabt haben sollte, daß Männer wie Herriot, Chautemps und Daladier in ein Kabinett eintreten, in dem die reaktionären Vertreter Marins sitzen und das mehr Männer der Rechten als der Mittelparteien enthält. Das zweite Kabinett Laval ist also das erste Kabinett Laval, nur minus Briand, aber plus einer Stärkung seiner politischen Stellung, die es dadurch erfahren hat, daß der neugewählte Präsident der Republik, Paul Doumer, ihm Gelegenheit gab, sich durch eine Ministerkrise gewissermaßen fester im Boden des absterbenden Parlaments zu verankern. Laval, der nunmehr Außenminister ist, wird, wenn er in Lausanne und Genf im Namen des französischen Volkes spricht, darauf hinweisen können, daß durch eine regelrecht durchgeführte Ministerkrise erstens der Präsident der Republik und zweitens die Mehrheit der Kammer sein Mandat bestätigt haben, das bekanntlich, was die Reparationsfrage betrifft, lautet „Im Rahmen des Young-Planes" und, was die Abrüstungsfrage betrifft: „Die Sicherheit als Vorbedingung für die Abrüstung".

Das Ausscheiden Briands dürfte übrigens noch Anlaß zu zahlreichen Erörterungen geben, da die Umgebung des abgetretenen bedeutenden Staatsmannes die Behauptung aufstellt, daß in den letzten Tagen tatsächlich eine wesentliche Besserung seines Gesundheitszustandes eingetreten ist. — Im „Populaire" äußert sich, was nicht uninteressant ist, der Abgeordnete Frossart über Ursprung und Verlauf der Krise, sofern sie sich auf die Person Briands und die angeblich damit in Zusammenhang stehenden Intrigen bezieht, wie folgt: Man hatte versucht, den „Mann des Friedens" davon zu überzeugen, daß sein Gesundheitszustand seinen Rücktritt erforderlich mache; sein Gesundheitszustand aber hatte sich wesentlich gebessert. Briand ging es sogar gut. Briand wunderte sich, daß man ihn vor die Tür setzen wollte, und er ärgerte sich. Mit scharfer Ironie warf er Laval Leichtfertigkeit vor und beauftragte seinen Getreuen, den Abgeordneten Daniélou, in den Wandelgängen der Kammer seinen Entschluß, daß er sich nicht ausbooten lassen werde, zu verkünden. Unter diesen Umständen war Laval gezwungen, die Gesamtdemission des Kabinetts zu geben, um auf diese Weise die Möglichkeit zu haben, Briand vor die Türe zu setzen.

Laval wird Brüning antworten

Paris, 14. Januar. Laval wird am Dienstag die Regierungserklärung in der Kammer verlesen. Man rechnet damit, daß er dabei auch auf das letzte Interview Brünings über die Tributfrage antworten wird.

Halbe Arbeit ist nutzlos

Sir Walter Layton über Schulden und Reparationen

London, 14. Januar. Sir Walter Layton, der britische Sachverständige im Baseler Ausschuß, hielt gestern abend auf einem Essen eine Rede über die Finanzlage der Welt, in der er u. a. ausführte: Die Schuldenfrage ist der wichtigste der Faktoren, die eine ungewöhnlich schwere Handelsdepression dadurch verschlimmert haben, daß die Gefahr des Zusammenbruches des ganzen Wirtschaftssystems besteht. Die Reserve der Deutschen Reichsbank ist außerordentlich gering, und ihre Fähigkeit zu Rückzahlungen nimmt in schnellem Tempo ab. Die völlige Zerstörung des Wirtschaftslebens droht. Deshalb muß so schnell wie möglich an den Wiederaufbau gegangen werden. Aber es ist unmöglich. Der Strom des Kapitals läßt sich nicht wieder in Bewegung bringen, wenn irgendwelche Gefahr besteht, daß die jetzige Lage wiederkehrt. Hier liegt die Wurzel des ganzen Problems. Es ist zwecklos, jetzt eine vorläufige Regelung zu treffen. Ein zweijähriges Moratorium wäre noch schlimmer als ein einjähriges Moratorium, weil die Ungewißheit dann noch länger dauert. Die deutsche Auffassung, daß die Gesamtheit der Kriegsschulden restlos annulliert werden sollte, sei unwirtschaftlich, denn letzten Endes müßte doch jemand bezahlen. Deutschland könne etwas bezahlen, wenn ein Plan aufgestellt werde, dessen störender Einfluß während Zeiten der Depression ausgeschaltet werden könnte, oder überhaupt keine Störungen verursachte. Layton fuhr dann fort: Was die Reparationsfrage betrifft, so ist es von wesentlicher Bedeutung, daß es jetzt zu einer Vereinbarung kommt, die den sofortigen Beginn des Wiederaufbaues gestattet. Wir können nicht zwölf Monate warten. Eine Beseitigung der ganzen Reparationsfrage wäre auf das innigste zu wünschen, weil dadurch die Geistesverfassung der Kriegszeit beseitigt würde. Der Gewinn würde tausendfach sein. Wenn Frankreich seine Stellung wirklich sichern wollte, könnte es gar nichts Besseres tun, als die Führung zu übernehmen und vorzuschlagen, die Reparationen zu beseitigen oder auf eine rein nominelle Ziffer im Jahre zu vermindern. Der wirtschaftliche Wiederaufbau ist, so schloß Layton, ohne eine französisch-deutsche Vereinbarung unmöglich. Zu einer solchen wird es aber nicht kommen, wenn sie nicht mit Zustimmung der Hitler-Partei in Deutschland erfolgt.

Die englische Regierung für eine Endlösung in der Reparationsfrage

London, 14. Januar. Reuter meldet: Obwohl es unter den gegenwärtigen Verhältnissen nicht so aussieht, als ob eine endgültige Regelung der Reparationsfrage erfolgen könnte, würde doch, wie man zu wissen glaubt, die englische Regierung mit einer Zwischenlösung allein nicht zufrieden sein, die nur darauf hinausläuft, daß man auf der Stelle marschiert. Die zuständigen amtlichen britischen Kreise unterstützen einigermaßen die Ansicht, daß ein langfristiges Moratorium nicht genüge. Es wäre besser, wenn man jetzt keine endgültigen Regelungen erlangen könnte, einen Vergleich zu schließen, der die Endlösung beschleunigt, anstatt sie zu vertagen. Dieser Ansicht dürfte es zuzuschreiben sein, wenn die englische Regierung das Reparationsproblem studiert und ihre Bemühungen darauf richtet, den Weg für eine günstigere Stimmung freizumachen, um dadurch eine endgültige Regelung in den Bereich des Möglichen zu rücken. Es gilt, noch eine vorläufige Einigung mit der französischen Regierung zu finden, und wenn es gelingt, mit Frankreich zu einer Verständigung zu kommen, — die britische Regierung hegt noch die Hoffnung, daß dies möglich sein wird, — so wäre ein allgemeines Abkommen zwischen den Gläubigermächten in Lausanne ungeheuer erleichtert. Man glaubt zu wissen, daß die englische Regierung es vorziehen würde, wenn die Kriegsschuldenfrage in Lausanne nicht erörtert würde und sich die Konferenz einzig und allein auf das Reparationsproblem beschränken würde. Die Kriegsschuldenfrage kann befriedigend ohne Amerikas Mitwirkung nicht diskutiert werden, und dieser Staat wird nicht einmal durch einen Beobachter in Lausanne vertreten sein. Im übrigen ist das Datum des 25. Januar feststehend. Man glaubt nicht, daß die Konferenz länger als eine Woche dauern wird.

Die Arbeit des Preiskommissars

Senkung der Margarinepreise

Berlin, 14. Jan. Wie wir von unterrichteter Seite erfahren, haben die Verhandlungen des Reichskommissars für die Preisüberwachung mit den Spitzenverbänden der Margarineindustrie zu dem Ergebnis geführt, daß die Preise für alle Sorten außer der billigsten um durchschnittlich 10 Prozent gesenkt worden sind. Für die billigste Margarine sind die Preisbindungen bereits durch die Notverordnung aufgehoben worden. Teilweise sind die bisherigen Kartellpreise, die für diese Sorte 33 Pfennige betrugen, schon auf 29 und 28 Pfennig zurückgegangen. Man nimmt an, daß Anfang nächster Woche ein endgültiger Abschluß der Verhandlungen über die Arzneimitteltaxe erfolgen kann.

Der Reichskanzler bei Hindenburg

Berlin, 14. Jan. Der Reichspräsident empfing heute nachmittag den Reichskanzler zum Vortrag.

Diskontherabsetzung der Imperial Bank of India

Kalkutta, 14. Jan. Die Imperial Bank of India hat ihren Diskontsatz von 8 auf 7 Prozent ermäßigt.

Für völlige Streichung der Reparationen und Kriegsschulden

London, 15. Januar. In einem Artikel tritt heute der bekannte Wirtschaftssachverständige Keynes dafür ein, daß die britische Regierung sich offen für völlige Streichung der Reparationen und der Kriegsschulden und für die Vertagung der Lausanner Konferenz um sechs Monate erklärt. Keynes schreibt: An den Staatsmännern der Welt ist es jetzt, die Fragen zu behandeln, für die sie Sachverständnis haben sollten. Ich bin sicher, daß das britische Volk einmütig wünscht, daß die Regierung entschlossen für die völlige Streichung der Reparationen und der Kriegsschulden eintritt, und daß der Premierminister sich an die Seite Italiens stellt und den Aufruf Dr. Brünings unterstützt. Dies sollte unsere „erklärte" Politik sein. Diese Politik braucht aber nicht unvereinbar zu sein mit der Rücksichtnahme auf die diplomatischen Schwierigkeiten und dem verschiedenen Grad der Entwickelung, den die öffentliche Meinung der verschiedenen Länder erreicht hat. Deshalb wäre es, so meint Keynes, im Interesse einer vereinbarten Regelung für Deutschland der Mühe wert, sein Einverständnis zu erklären, „bescheidene und vernünftige" Summen zu bezahlen, wenn dadurch eine Regelung möglich würde. Eine solche endgültige Regelung müßte im Laufe des Jahres erfolgen, doch glaubt Keynes, daß die Lage noch nicht reif ist, um eine solche Regelung bereits jetzt in Lausanne zu erzielen.

Der „Stahlhelm" für Hindenburg

Berlin, 15. Januar. „Der Stahlhelm", das Organ des Bundes der Frontsoldaten, schreibt über die Wahl Hindenburgs: „Selbstverständliche Voraussetzung wäre nach unserer Ansicht, außer der Zustimmung des Generalfeldmarschalls, die Ausschaltung jeglicher Parteipolitik gleichgültig welcher Richtung, und die Durchführung des Wahlaktes in einer Form, die der menschlichen und historischen Würde Hindenburgs entspricht. Dazu wäre nötig:

1. Die sehr rasche Vornahme der Wahl, da ja keinerlei Agitation voranzugehen braucht.
2. Die Zurückstellung jeder anderen Kandidatur, so daß der Charakter der üblichen Wahlkämpfe vermieden wird und die Volksabstimmung den Stempel einer Kürung erhält.

Ob eine Schilderhebung des Generalfeldmarschalls praktisch